

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postzugang zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 14. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- u. Todesanzeigen 7,50 M., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 120

### Inflation und doch Geldknappheit?

Seit Jahren ist unser deutsches Wirtschaftsleben so reich an Wechselfällen, daß wir kaum Umstände sind, klar und eindeutig die Punkte herauszuschälen, unter denen jeder neue Zustand begründet ist. So ist es bislang mit dem Valutaproblem gewesen und ist es auch heute noch. Jede Untersuchung dieser Gebiete stellt die Anforderung, mit weitgehenden Kenntnissen und vorurteilsfreier Betrachtung aller damit in Beziehung stehenden Dinge zu Werke zu gehen, soll daraus eine Erkenntnis, eine Schlussfolgerung hervorgehen, die Anwendungsmöglichkeiten gibt.

In kaufmännischen, banktechnischen und industriellen wie auch in volkswirtschaftlichen Kreisen ist viel von dem Bestehen einer Geldknappheit die Rede. Wer nun den wirtschaftlichen Fragen nicht ganz interesselos gegenübersteht, wird wohl merken, daß dies nicht gerade in Einklang mit der vorhandenen Inflation gebracht werden kann. Es hat doch mindestens den Anschein, als ob eine Inflation (Aufblähung) das Vorhandensein einer Geldknappheit (Mangel an Zahlungsmitteln) ausschließt. Wir haben zu unteruchen, ob dem so ist oder ob nicht trotz der Inflation eine Geldknappheit bestehen kann.

Aber die Tatsache, daß eine Inflation preissteigernd wirkt, dürfte wohl kaum Zweifel bestehen. In dem vor mir liegenden Werke des englischen Gelehrten Professor Irving Fisher: „Die Kaufkraft des Geldes“, finde ich unter den Statistiken der letzten Jahre (Kapitel XII) meine Aufstellung mehr als bestätigt. Da für die zur Inflation gehörenden und preissteigernd wirkenden Faktoren Allgemeininteresse vorhanden sein kann, so läßt sich folgende, aber ohne die maßgebendsten Formeln: 1. Zunahme des im Umlauf befindlichen Geldes, 2. Zunahme in den relativen Depositen, 3. Zunahme in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, 4. Zunahme in der Umlaufgeschwindigkeit der Depositen. Der noch zu erwähnende Handelsraum fragt in seiner Veränderung auch zur Preissteigerung bei, jedoch fällt er nicht unter den Begriff der Inflation. Die ersten vier Punkte aber decken sich voll und ganz mit der Inflation und sind demnach zu bewerten. Auch bei Marx (II. und III. Band, 1894) läßt sich, trotzdem er das Geld als Äquivalent betrachtet (I. Band 1894), was ich persönlich nicht akzeptieren kann, diese Begründung in gerüttelt legenden Säben finden.

Aufgebaut auf dieser Feststellung können wir zur Preissteigerung selbst übergehen und fragen, welche Wirkung diese wieder auf dem Kapitalmarkt ausübt. Ganz einfache Beispiele sollen uns den Weg leichter machen: Der Unternehmer X will 100 Ztr. Ware kaufen, die 80000 Mark kosten. Er selbst hat aber nur 60000 M. Mitteln und borgt sich deshalb noch 20000 M. (Die Verzinsung der 20000 M. findet noch Berücksichtigung.) Will allen seinen Anstößen, einschließlich der Verzinsung der 20000 M., stellt sich nun der Preis von einem Zentner Ware für ihn auf 1000 M. Der Marktpreis aber hebt für den einen Zentner Ware auf 1400 M. am Anfang des Verkaufs und erhöht sich bis zum Verkauf der gesamten 100 Ztr. Ware auf 2200 M. für den Zentner. Er erzielt nun außer dem zulässigen Handelsgewinn noch einen andern, den sogenannten Konjunkturgewinn. Und je mehr die Preise in die Höhe gehen, desto weniger Ware braucht er zu verkaufen, um die geforderte Summe von 20000 M. mit Zinsen zurückzuzahlen. Dieser Mehrgewinn reißt natürlich an, vor allen Dingen dann, wenn man mit einer anhaltenden Preissteigerung rechnen kann.

Würde der Unternehmer größtenteils mit fremden Geldern arbeiten, so wird er keinen Kredit bis auf die weltliche Grenze ausnützen. Doch auch die Geldgeber sind nicht auf den Kopf gefallen. Sie werden, wenn der Zinsfuß nicht die gewünschte Höhe erreicht, mit ihrem Gelde selbst Geschäfte machen. Betrachtet man von diesen Gesichtspunkten aus die Lage, so ist, wenn diese Darlegungen zutreffen, die so entstandene Kapitalknappheit keine Kapitalknappheit. Sie ist die Kapitalknappheit geringerer Unternehmer, Händler und Spekulanten, die in ihrer Unersättlichkeit auf Schwierigkeiten stoßen!

Im Rahmen dieser Abhandlung ist die Erörterung notwendig, ob durch eine erneute Inflation diese Schwierigkeit der Kapitalbeschaffung behoben wird. Ich verneine das, weil ja bei rückläufiger Betrachtung ersichtlich ist, daß wir ganz dieselben Wirkungen hervorgerufen werden, die wir beabsichtigen wollten. So komisch das klingen mag, es ist so. Nebenbei haben wir als Arbeiter schon gar kein Interesse, für diese Streife das Befähigungsgeld zu erhalten oder gar auszubauen. Ich weiß wohl, daß unter Einfluß in dieser Beziehung noch nicht ausreichend genug

ist, er kann es aber werden, sobald wir uns stark genug fühlen, die Maßnahmen durchzuführen, die allein eine Besserung bringen können. Man möge die Erfassung der Sachwerte (die in der Quantität immer geringer werden, je länger wir damit warten) und die dazu noch unbedingt notwendige Vermögensabgabe fabelhafter, vermeiden wird man sie nicht können.

Wohl ist die Lage der arbeitenden Bevölkerung trostlos, die Zerrüttung der Wirtschaft groß, doch ganz ohne Hoffnung bin ich nicht. Auf unserer Hände Arbeit beruht unser Dasein . . . und auch das der Nichtstuer, der Schmaroher am deutschen Volkshörper. Unre Kräfte sind geschwächt, aber sie können auch wieder erstarren. Auf diesen Zeitpunkt setze ich meine Hoffnung. Ein jeder Arbeiter hat es selbst in der Hand, wann dieser Zeitpunkt gegeben ist. Die Masse allein rettet uns nicht, der belebende Geist ist es, der diese Masse erst zu einem Guffe formt. Unser aller Wissen nützt wenig, wenn nicht darauf der Wille zur Vollendung unseres Wertes folgt. Auch die größte Not dürfte uns nicht vom Nachdenken abhalten. Wir wollen doch nicht mehr die geistig verkümmerten sein, die Hin- und Herzuschleibenden, nein, selbständig denkende Glieder der Gesellschaft wollen wir werden. Auch für dieses Ziel lohnt sich der Kampf.

Chemnitz  
(auf Zell Frankfurt a. M.).  
Walter Matthes.

### Politik und Wirtschaft

Die lebenswichtigen Interessen der Völker werden durch die Politik von heute nicht gefördert, wenn es auch für oberflächlich Denkende den Anschein hat. Wie sich die Politik im Laufe der Zeiten entwickelt hat, kann keinem Menschenfreund mehr bestritten werden. Die Politik kann der Volkserziehung nicht entbehren. Durch die Politik wird das verwirklichte Vorurteil großzügig gezogen.

Politik und Gebeindiplomatie sind die Erziehungskräfte zum Kriege. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln und bringt großes Leid den Völkern. Militarismus und Bureaualtrismus sind die Stützpfeiler der Politik, oder deutlicher: der Interessenswirtschaft. Dem warm pulsierenden Wirtschaftsleben ist der Bureaualtrismus ein größerer Popanz als der Militarismus. Die Politiker hängen dem wert- und geschäftstätigen Volk eine Schelle um, damit es sich nicht frei bewegen kann; mit der Freiheit und Ruhe des Menschengeschlechts hat es auf diese Weise noch gute Wege.

Eine jede politische Partei kann niemals die Energie so entwickeln und die Disziplin so innerlich festigen wie eine Wirtschaftsgruppe. Bei den politischen Parteien gleicht die angewandte Theorie dem Wahlversprechen der Seelen: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Das ist dem Volk ein schlechter Dienst und erzeugt Mißmut. Die Wirtschaftspolitik kennt nur praktische Arbeit; ihre materiellen Ertragsmöglichkeiten erzeugen folgerichtig auch ideale Werte. Das ist dem Volke der rechte Dienst, der es lebend macht.

Was uns Arbeiter abbelangt, so ist der einzig richtige Weg, um dem politischen Wirrwarr ein Ende zu bereiten, eine Arbeiterpartei, die sich die idealen und die materiellen Gewerkschaftsprinzipien zu eigen macht. Im dieser Konstellation des Parteicharakter zu nehmen, würde die Bezeichnung „Gewerkschaftsring“ die richtige sein. Abgesehen von diesen oder jenen Einwänden, die sich auf mancherlei Bedenken und Erfahrungen in unserm Leserkreise stützen könnten, weil in den letzten Jahren die völlige Einheitsfront der Arbeiterschaft gerade von ihren stärksten Befürwortern unmöglich gemacht worden ist, hat der Verfasser auch mit dem Lautnamen für sein Problem keine glückliche Hand. Ein Gewerkschaftsring besteht nämlich schon im Volkst des Zusammenflusses der kirchlich-Dummkirchlichen Gewerkschaften. (Red.)) Hat und Feindschaft unter den Volksgenossen, die die politischen Manöver nur erzeugen, würde dieser Gewerkschaftsring durch Mitarbeit in untrer höchsten Körperschaft auf ein Mindestmaß herabdrücken, da er Gelegenheiten hätte, von hoher Marke aus auf friedlichem Wege vor der breiten Öffentlichkeit bestehende Vorurteile zu beseitigen und nach allbewährter und anpassungsfähiger Gewerkschaftsarbeit die Wirtschaft in Gang bringen helfen.

Große Wirtschaftsgruppen treten auf den Plan, und für die gesamte Arbeiterschaft gilt es jetzt, sich wirtschaftspolitisch und wirtschaftsrechtlich zu orientieren, als Wirtschaftsfaktor mit zu raten und zu raten, und, wenn es

notzul, sachliche und scharfe Kritik bei eventuellen wirtschaftlichen Querstreifen von hoher Marke aus zu üben.

So wird in allen Kreisen ein urteilskräftiges und klarlebendes Volk erzogen. Die im Gewerkschaftsring vereinigte Arbeiterschaft wird so ganz von selbst zu einem anerkannten Nachschaffter, aber auf gesunder Grundlage, und so nur ist ein gangbarer Weg zum Frieden unter den Volksgenossen und zur Völkerveröhnung.

Noch zweierlei Gutes hat die Wirtschaftspolitik im Gefolge, nämlich, daß sie mit leichten, natürlichen Selbsthilfe-gesundheitsfördernd wirkt auf die ewig kränkelnde Rechtspflege, und dann, daß sie dem welt- und wirtschaftsfremden Bureaualtrismus den Todesstoß verleiht.

Dresden.

Alwin Knorr.

### Selbstverwaltung des Wohnungswesens und Wohnungsbauabgabe

In Nr. 106 des „Korr.“ schreibt Kollege -r. (Magdeburg) einiges zur Wohnungsbauabgabe. Als ich in Nr. 120 vom 15. Oktober v. J. in dem Artikel „Sinweg mit der Meißener!“ auf diese Steuer, die man verschämt „Wohnungsbauabgabe“ nennt, aufmerksam machte, wurde in manchen Orten „stammender“ Protest erhoben gegen eine 100prozentige Meißenersteuer, anfast jede Steuer abzuwählen.

Gegen die Proteste wußte sich die Regierung zu schützen. Sie ließ sich eine Steuer von 50 Proz. bewilligen, als Reichsabgabe, und gab im Gegense die Gemeindefürsorge zu erhöhen. Wie ausgiebig die städtischen Gemeindefürsorge von diesem Zwecke Gebrauch machen, kann jeder in seiner Gemeinde selbst erleben; zulammen mit der Reichsabgabe kommen im Durchschnitt 100 Proz. überall heraus.

Und nun kommt das dicke Ende. In der Arbeiterpresse hat diese Steuer eilige Befürworter, und da die Regierung auf keinen Widerspruch gestoßen ist, erhöht sie die Hundertsätze gewiß, noch ehe die Steuer so recht in die Scheinung getreten ist. Die Gemeindefürsorge werden dem Beispiele folgen, und Anfang 1923 wird die Mieterchaft mit rund 300 Proz. Meißenersteuer zu rechnen haben.

Leider hat sich die Masse der Mieter nur mit den bisherigen Mietzinssteigerungen befaßt, die nunmehr durch das Reichsmietengesetz in den Zuschlägen festgelegt sind. Diese Zuschläge dienen zur Erhaltung des Privathausbesitzes, erhöhen den Wert der Grundstücke und sind als sogenannte Steuerzuschläge begründet. Das trifft aber bei der Wohnungsbauabgabe nicht zu. Hier wird eine Lebensnotwendigkeit versteuert mit dem Sinnwies, dies sei zur Erbauung neuer Wohnungen nötig. Fest steht: wir müssen bauen um jeden Preis! Weil nun neue Wohnungen uns nur aus dem Wohnungselende retten, bescherte man — dem Mieter die „Wohnungsbauabgabe“.

Den Mietern aber eine Steuer aufzubürden und dazu die aus den Erträgen dieser Steuer erwerbenden Wohnungen nicht in den Besitz der Allgemeinheit übergeben zu lassen, sondern teilweise neue Hausbesitzer zu schaffen, das ist einfach unerklärlich.

„Die Arbeiter sollten sich eine solche Politik nicht gefallen lassen“, schreibt der Magdeburger Kollege. Ja, damit ist uns aber nicht gedient. Nach Annahme des RMG, erließen ein Aufruf, unterzeichnet von EPS, IGS, den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, dem Bund deutscher Mietervereine usw. Er galt der Gemeinwirtschaft und der Selbstverwaltung. Das war im März d. J.

Hier hilft nur Selbsthilfe der Mieter. Die Gesetze sind unter dieser Zeit in Kraft getreten und den Mietern selbst nichts übrig als — zu zahlen. Unbedingt notwendig ist der Zusammenschluß der Mieter zur Selbstverwaltung. Doch nicht die Regierung soll mit Forderungen dieser Art befristet, sondern von denen, die den erwähnten Aufruf in großen Worten brachten, die Verletzung dieser Sache in den Parlamenten in diesem Sinne verlangt werden.

Eine organisierte Mieterorganisation muß ohne Zögern die Selbstverwaltung organisieren. Die Meißener muß anders gestaltet werden! Man lasse sich nicht mehr, wie auf kirchlichem Gebiet auf die Selbsteigheit, im wirtschaftlichen Leben auf die Sozialkammer oder die Erziehung der politischen Macht verkräften, sondern so geepdlich einmal, wie man durchzuführen verkehrt, was immer nur vom Staate gefordert wird.

Sier ist die Gelegenheit gegeben, ohne Not den vielen Nebenhandlungen folgen zu lassen. Organisiert überall die Selbstverwaltung der Wohnungsbauabgabe, und sei es erst ab 1923. Dadurch wird ohne Zweifel ein neuer großer Beamtenapparat erspart. Es wäre zu empfehlen, wenn die Kollegen durch die Betriebsräte und Vertrauensleute diese Angelegenheit fördern.

Leipzig.

Karl Linke.

## Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

### Zweite Ausschusssitzung

Zu der vom 28. September bis zum 1. Oktober abgehaltenen zweiten Sitzung der zweiten Geschäftsjahre waren außer den Verbandsvorsitzenden auch Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisationen geladen und erschienen.

Bundesvorsitzender Leipart eröffnete die Sitzung mit dem Ausdruck der Freude und Genugtuung darüber, daß es zu einer Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien gekommen ist und erstellte sodann eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Was zur Abänderung der Not erreicht werden konnte, habe alle nicht befridigt. Die Kommunisten benutzten die Notlage des deutschen Volkes zur Förderung ihrer Parteizwecke. Dazu solle auch der von ihnen vorbereitete Reichsbetriebsrätekongress dienen. Da es nicht möglich war, in kurzer Zeit eine Ausschusssitzung einzuberufen, die zu diesem Zwecke einberufen werden könnten, hatte der Vorstand eine Besprechung in Berlin anlässlich der Verbandsvorstände einberufen. Von dieser Sitzung sei in der kommunistischen Presse ein entstellter Bericht erschienen. Gegen diesen legte Leipart Verwahrung ein. In betreff des Sinnes-Abkommens stellte Redner von neuem fest, daß der Bundesvorstand erst durch die Presse davon Kenntnis erhalten habe und ging auf seine Vorgeschichte ein. Ferner behandelte er noch den Aufbauvorschlag des Verbandes lokaler Baubetriebe. Durch dessen Beteiligung am Wiederaufbau sei auch eine gewisse Kontrolle der kapitalistischen Mietergesellschaften und besonders der dabei erzielten Gewinne möglich. Leipart behandelte u. a. noch kurz das Abrechnungsabkommen im Bergbau und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Aber die Bemühungen des Bundesvorstandes zur Änderung der Steuererhebung beruhten im belandenen Graßmann in ausüblicher Weise, wobei er die Wirtschaftslage eingehend behandelte und besonders betonte, daß die gewerkschaftlichen Spitzenverbände früher aufstehen würden, um zur neuen Verklärung der Notlage Stellung zu nehmen als ihre verschiedenen Ärmlicher. Redner ging sodann ausführlich auf die (schon früher vorliegenden) Vorschläge ein. Ein Teil der Maßnahmen zur Besteuerung der Auszub. wurde leider erschwert durch eine Gewerkschaftsgenossen, besonders durch Betriebsräte, die sich von Unternehmern breitschlagen lassen. Wie die Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteifrage zela. sind die früher getrennten und jetzt wieder vereinigten Parteien mit den Vorschlägen der Gewerkschaften einverstanden. Ebenfalls wurde mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde Rücksprache genommen. Auch über die Rückkehr zu bedingter Zwangswirtschaft wurde mit dem Ernährungsminister und dem Reichshandwerker verhandelt. Es sei indessen zu betonen, daß die geistige Einstellung dafür nicht vorhanden sei. Auch bestehe bei den Vertretern der christlichen Gewerkschaften keine Neigung, so weit zu gehen. U. a. schilderte Redner die Schwierigkeiten der Wucherbekämpfung. Es sei nicht zu umgehen, daß auch Gewerkschaftsangehörige geschädigt werden, die solchen Industrien angehören, die durch die geforderten Maßnahmen betroffen werden. Die Not der Allgemeinheit sei jedoch so groß, daß sich dies nicht vermeiden lasse. Mithin seien die geschädigten Arbeiter aus Reichsmitteln zu unterstützen. Weitere brauchbare Vorschläge seien bisher nicht zu erlangen gewesen, soweit es sich eben um durchführbare Vorschläge und nicht um Prinzipien handle. Die Durchführung der Vorschläge böffe im günstigsten Falle eine Verminderung der schlimmsten Not zur Folge. Auch kein Betriebsrätekongress könne einen andern Ausweg zeigen. Selbst die Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse könne nichts Wesentliches an unserm Verhältnis zum Ausland ändern. Zunächst müsse versucht werden, mit Lohnforderungen der Verleuerung der Lebenshaltung soweit wie möglich nachzukommen. Dies zwinge dazu, die bisherige Preispolitik zum Teil zu verlassen. Den Sozialrentnern usw. seien Zuschüsse zu gewähren. Vor allen Dingen sei alles zu tun, was dazu beiträgt, im Auslande die geistige Atmosphäre zu schaffen, die weitere Zwangsmassnahmen gegen Deutschland unmöglich macht. Voraussetzung dazu sei das Aufheben der Zwangsmaßnahmen unter der deutschen Arbeiterklasse. Selbst das von uns Geforderte werde verlangen, wenn der Druck einer dahinter stehenden einigen Masse fehle.

Am dritten Bericht schloß sich eine einundhalbstündige, sehr gründliche und sachliche Aussprache, an der sich nicht weniger als 25 Redner beteiligten, darunter auch mehrere Vertreter der Landesorganisationen. In der Beurteilung der einzelnen Maßnahmen des ADGB gingen die Meinungen natürlich auseinander; besonders hatten die Vertreter der Verufe, deren Angehörige durch die geforderten Maßnahmen in ihren Arbeitsmöglichkeiten beeinträchtigt werden, an Einzelheiten Ausführungen zu machen. Diese Ausführungen erweckten Widerspruch bei andern Rednern, wobei jedoch betont wurde, daß die ge-

schädigten Arbeiter nicht schuldlos gelassen werden dürfen. Im übrigen wurden so ziemlich alle Seiten des Wirtschaftsebene beleuchtet. Es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die dem Wirtschaftskrieg drohen. Auch die Festigung der deutschen Währung wurde erwogen, besonders die Berechnung der Preise und Löhne in Goldmark, die allerdings noch nicht dazu führen würde, daß die Löhne auf den Stand der Vorkriegszeit, geschweige denn auf den gleichen Stand mit den Löhnen im Auslande zu stehen kämen. Weller lehnte es nicht an scharfer Kritik an den Maßnahmen, die bisher zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft getroffen worden sind. Es mußte jedoch auch anerkannt werden, daß das heutige Geld zum überwiegenden Teil aus Ursachen beruht, die jenseits des Einflusses der Gewerkschaften liegen. Verschiedene Redner hoben die Notwendigkeit hervor, daß noch weitere Volkswirtschaftlicher herangezogen werden müßten, um dem Bundesvorstand bei der Beurteilung der Wirtschaftslage zur Seite zu stehen. Einige Vertreter der Landesorganisationen hoben u. a. hervor, daß es dem von den Kommunisten geforderten Reichsbetriebsrätekongress gar nicht möglich sei, die Ausgaben zu erfüllen, die er nach den Angaben der kommunistischen Presse erfüllen soll. Auch wußten sie Mitteilungen zu machen, wie stellenweise die Forderung nach einem solchen Kongress zustande kam.

Wie Graßmann in seinem Schlusswort hervorhoben konnte, mache sich im Ausschuss eine grundsätzliche gegnerische Stimmung gegen die Politik des Bundesvorstandes nicht geltend. Graßmann betonte nochmals die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes, alle Vorschläge zu prüfen und, soweit die Möglichkeit der Durchführung bestehe, sie zur Ausführung zu bringen. Der Glaube der Massen an die Macht der Gewerkschaften müsse wieder auf ein natürliches Maß zurückgeschraubt werden. Mit Leuten, denen gar nicht daran liegt, dem Proletariat zu helfen, sondern die nur politische Ziele zu verfolgen, sei jedoch eine Auseinandersetzung unmöglich. Was könne ein kommunistischer Betriebsrätekongress tun? Resolutionen fassen, Kommissionen wählen, Forderungen aufstellen und den Gewerkschaften den Spitzelzettel zur Verwirklichung übergeben. Mit gerader und ehrlicher Politik würden die Gewerkschaften auch den Massen gegenüber bestehen können, und vor allen Dingen, wenn sie der Arbeiterschaft die Frage vorhalten: Wie läßt es denn aus, wenn die Gewerkschaften nicht vorhanden wären?

Vorsitzender Leipart konnte feststellen, daß der Ausschuss keine Einwendungen gegen die Stellung des Bundesvorstandes zum Sinnes-Abkommen und zu den Bestrebungen erhoben habe, die deutsche Sprache beim Internationalen Arbeitsamt als Amtssprache einzuführen und daß, wenn dies wiederum abgelehnt werde, zu erklären sei, daß durch diese Ablehnung das Interesse des ADGB an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamts stark herabgemindert werde. In betreff der gewerkschaftlichen Beamtenzentrale hätten die beteiligten Verbände sich verständigt, unter gewissen Voraussetzungen, die an ein verträgliches Zusammenarbeiten zu knüpfen seien, sich dem neuen Beamtenbunde mit ihren Beamtenmitgliedern anzuschließen. Die Verbände würden alsdann mit diesem Teil ihrer Mitglieder aus dem ADGB ausscheiden. Dann entfallt natürlich die Notwendigkeit, die gewerkschaftliche Beamtenzentrale noch weiter aufrechtzuerhalten. Der Ausschuss ermächtigte daraufhin den Bundesvorstand, die Aufhebung der gewerkschaftlichen Beamtenzentrale anzusprechen. Wenn ferner die von den in Frage kommenden Verbänden zu stellenden Bedingungen für den Anschluss an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfüllt sind, so soll der Bundesvorstand ebenfalls ermächtigt sein, mit dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund einen Organisationsvertrag abzuschließen, der alle drei Spitzenorganisationen umfaßt.

In der Frage des Brotpreises stellte sich eine große Mehrheit des Bundesausschusses auf den Standpunkt, daß es nicht zu empfehlen sei, daß das Reich wieder Zuschüsse leistet, um den Brotpreis niedriger zu halten. Es sei von den Arbeitgebern zu fordern, daß sie die Lohnoberbündungen tragen, die erforderlich sind, um den vollen Preis des Brotes zahlen zu können, um so mehr, da die organisierten Arbeiter des Auslandes es ebenfalls nicht billigen, daß es den deutschen Unternehmern durch die Zuschusswirtschaft ermöglicht werde, die Löhne niedriger zu halten, als sie eigentlich sein müßten.

Einer vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung über das Abrechnungsverfahren im Bergbau stimmte der Ausschuss einmütig zu. Darin wird der Bundesvorstand beauftragt, in Gemeinschaft mit dem Bergarbeiterverband und den andern beteiligten Verbänden seine Bemühungen, daß die in den Abrechnungen erzeugten Kostenmengen für eine verbilligte Herstellung von Baustoffen zum inländischen Wohnungsbau verwendet werden, mit allem Nachdruck fortzusetzen.

Zu einer ebenfalls vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung zur wirtschaftlichen Lage waren mehrere Zusätze und Abänderungsanträge eingebracht worden. In ihrer angenommenen Form lauteten sie folgendermaßen:

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den andern Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Steuer- und des Wuchers. Er weist erneut die Regierungen und die Parlamente des Reiches und der Länder auf die völlige Inhabilität der Lage hin, in welche die Masse der Bevölkerung durch die ungeheuren Preissteigerungen auf allen Gebieten gekommen ist. Er erwartet von den Regierungen und den politischen Parteien, daß sie mit Ernst und Eile alle erforderlichen Maßnahmen treffen und beauftragt den Bundesvorstand, auch weiterhin als Mahner und Dränger unermüdet für die Durchführung der gewerkschaftlichen Vorschläge zu wirken. Hierbei erwartet der Ausschuss insbesondere an seine Entschließung vom August 1921, die eine Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft forderte. Es ist eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch

Privatmonopole ein Ende macht und den wahren Zweck einer organisierten Wirtschaft, die Deckung des Bedarfs der Gesamtbevölkerung, zur Erfüllung bringt.

Der Ausschuss verneint jedoch nicht, daß die Hauptursache der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes in dem ausserpolitischen Krieg liegt. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem kürzlich gehaltenen Reichstag des englischen Gewerkschaftskongresses, der mit Freude und Genugtuung von den deutschen Gewerkschaften begrüßt wird, fordert deshalb der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaus von Europa die Gesamtpolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Verbesserung der Völker eingeschlagen werden möge.

Eine weitere vom Vorstande vorgelegte Entschließung gegen die kommunistischen Gewerkschaftsaktivitäten erlief ebenfalls eine kleine Abänderung. Sie wurde in folgender Form angenommen:

Die Verfechtungen der kommunistischen Partei in Sitzungen, Versammlungen und Beschlüssen der Gewerkschaftsleitungen, die alles frühere Maß übersteigen. Jede Aufkündigung und Richtstellung von Irrtümern bleibt vergeblich, die unünftigen Vorurteile werden täglich aufs neue wiederholt mit einer Unwahrscheinlichkeit und Bosheit, die keine Grenzen kennt und tiefsten Abgründe erregen muß.

Eine Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern. Deshalb wird letztere vollständig nicht nur die Forderungen der Arbeiterschaft zu wahren. Aus dieser letztgenannten Darstellung sollen die Arbeiter die Folgerung ziehen, daß an Stelle der Gewerkschaftsleitungen jetzt die Betriebsräte die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in die Hand nehmen müssen.

Demgegenüber stellt der Ausschuss des ADGB fest, daß der von der kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsrätekongress lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll. Die Gewerkschaften müssen es aus Selbstschutz und im allgemeinen Arbeiterinteresse ablehnen, einer Parole der kommunistischen Partei zu folgen.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des ersten Reichsbetriebsrätekongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen. Wie die Gewerkschaftsleitungen sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung voll bewußt sind, so erwartet der Bundesausschuss auch von den Betriebsräten, daß sie die angestrebten Bemühungen der Gewerkschaften im Rahmen ihres Aufgabengebietes unterstützen. Wie alle leitenden Organe der kommunistischen Partei, den Gewerkschaften ihren Willen aufzuzwingen, so muß auch der letztere mit loyaler und ungetrübter Einverständnis mit dem gesunden Sinn und dem entschlossenen Willensstande der deutschen Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Einer von den Vertretern des Baugewerbes eingebrachten Entschließung zur Lage im Baugewerbe stimmte der Bundesausschuss zu. Darin beauftragt der Bundesausschuss den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Bauaufschwung zu befeuern und die Fortführung der Bauarbeiten zu gewährleisten.

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrags führte zu dem Beschlusse, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmittelglied auf vierteljährlich 2 M. zu erhöhen.

Um weitere Mittel für das Haus des ADGB zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 M. für jedes Mittelglied zu erheben. Beiträge sollen nach Darlehnskauf ausgeben werden; die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu veranlassen sind.

Sobald beschlossene sich der Ausschuss mit dem Internationalen Weltfriedenskongress, der vom 10. bis zum 15. Dezember im Haag stattfinden soll. Schon der letzte Gewerkschaftskongress hatte beschlossen, daß dieser Kongress zu besuchen sei. Der Ausschuss empfahl den Verbänden, diesen Kongress möglichst zahlreich zu besuchen.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der eingehenden Beschlusfassung über die Regeln für die Förderung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongress dem Bundesausschuss übertragen hatte. Ganz besonders wurde die Stellung zur Technischen Hochschule erörtert. Die dem Kongress vorgelegte Fassung erfuhr im zweiten Abschnitt § 1 eine kleine Ergänzung und wurde in dieser Form gegen sieben Stimmen angenommen.

Die in der Tagesordnung vorgezeichnete Erledigung der sonstigen vom Kongress überlesenen Anträge mußte wegen Zeitmangels auf die nächste Ausschusssitzung verschoben werden.

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungspunkte: „Ausführung der Kongressbeschlüsse über die Organisationsfrage“. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter folgender Verbände zusammen: Transportarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Schuhmacher, Textilarbeiter, Maschinenbau- und Holz-, Holzarbeiter, Zimmerer, Bäckerarbeiter, Buchbinder, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Steinleger. Außerdem soll ein Vertreter des Bundesvorstandes der Kommission angehören. Ferner soll es dem ADGB-Bunde freigestellt werden, eine Vertretung zu entsenden.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Leipart feststellen, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrschte, daß der Beschlusse des Leipziger Gewerkschaftskongresses den Vorstand und den Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten, daß diese Vorlage den beteiligten Verbänden zur Beratung zu unterbreiten ist und daß, wenn die Beratung unter den Verbänden über diese Vorlage nicht zu einer Verständigung führt, alsdann darüber auf dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten ist, daß also frühestens der nächste Kongress eine endgültige Entscheidung herbeiführen kann, die dann als Kongressbeschlusse für die Gesamtheit der dem Bund an-

geschlossenen Verbände gefest würde. Bis zu einer Änderung gelten selbstverständlich die jetzigen Bundesstatuten. Bis zum nächsten Kongress, der natürlich die Satzung ändern kann, stellen die jetzigen Satzungen das geltende Gewerkschaftsrecht dar, das selbstverständlich von jedem angeschlossenen Verband zu respektieren ist.

Aber es darf auch nicht die Auflösung vertreten werden, als wenn nun bis zum Zustandekommen eines neuen Beschlusses die Entwicklung überhaupt nicht fortschreiten dürfte. Die Entwicklung soll nicht zwangsweise fortgeführt werden, aber sie soll auch nicht etwa zwangsweise aufgehalten werden. Freiwillige Verschmelzungen von Verbänden miteinander sollen keineswegs verboten sein, sondern sie sind wünschenswert. In den Satzungen steht ausdrücklich: Der Bund steht auf dem Standpunkte, daß die gewerkschaftliche Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen leistungsfähigen Verbänden vollziehen muß — nicht nur vollziehen kann — und der Bund will die Zusammenfassung der Gewerkschaften unterstützen. Also die Entwicklung darf auch nicht aufgehalten werden. Freiwillige Verschmelzungen können, auch ehe die Kommission zu positiven Vorschlägen kommt und ehe der Kongress endgültig beschließt, durchaus vorgenommen werden. Im übrigen gilt auch die Vorschläge der Bundesstatute weiter, daß jede Gewerkschaft Aufnahmegebühren, für die sie nicht zuständig ist, an die zuständige Gewerkschaft zu verweisen hat, daß, wenn in einem Industrie-, Gemeinde-, Staats- oder Berufsgewerkschaft Angehörige verschiedener Berufe beschäftigt sind, für die mehrere dem Bund angeschlossene Gewerkschaften bestehen, jede Gewerkschaft nur die Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder aufnehmen darf, die dem Berufe nach zu ihr gehören.

Zum 3. Punkte der Tagesordnung: „Verschiedenes“, lag eine Beschlusse der Dachdeckerverbände vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehemmt worden ist. Nach kurzer Aussprache kam der Bundesausschuß zu folgender Stellungnahme: Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen die Herstellung der Arbeiterleistungen und der gewerkschaftlichen Drucksachen, die Fertigstellung dringender Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftsbüroen usw. verzögert wird. Eine derartige Streikaktion nützt den Streikenden nichts, sie schädigt aber die Bewegung im ganzen und sollte deshalb künftighin unbedingt vermieden werden.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Die Kampfabsticht bei der Schweizerischen Prinzipalversammlung ist unverkennbar. In der letzten Nummer des „Korr.“ wurden an dieser Stelle bereits die Beschlüsse der geheimen Prinzipalkonferenz in Montreux veröffentlicht, daß erst die Abstimmung über das Amtsratsgesetz und die Nationalratswahlen abgewartet werden solle usw. Aber man hat auch durch die Verwerfung des Gesetzes noch nichts gelernt; zum zweiten Male hat der Buchdruckerverein sich geweigert, am 2. Oktober an den Beratungen zum Abschluß eines neuen Tarifs teilzunehmen. Wobin der Wagen laufen soll, zeigt auch, daß der Prinzipalobmann des Einigungsamts, Herr C. R. Wächter, dem Geschäftsführer der Berufsgemeinschaft, Kollegen Gerber, in bräuter Weise die Kündigung ausgestellt hat, ohne die Beihilfenmitglieder des Bureau des Einigungsamts zu fragen, und trotzdem er wissen mußte, daß die Statuten einen Artikel enthalten, wonach das Einigungsamt noch ein Jahr nach Auflösung der Berufsgemeinschaft weiterzubestehen hat. Also eine ganz unverantwortliche Kompetenzannahme und eine direkte Herausforderung, die natürlich durch die Beihilfenmitglieder bereits ihre Antwort gefunden hat. Die Prinzipale haben übrigens ihren durch Juristen begutachteten Tarif bereits lange fertig, und dieser soll nun jedem Beihilfen einzeln zur Unterschrift vorgelegt werden. Die Typographenmitglieder werden nicht darauf hereinfallen. Es ist in dem „Bertrag“ u. a. vorgesehen, daß sämtliche Bestimmungen betreffend die Beihilfen wegzufallen; der Lohn soll — scheinbar — der gleiche bleiben, aber man will in Zukunft keine Forderung, keine Verzäumnisse wegen bürgerlicher Pflichten usw. mehr bezahlen und was dergleichen Sachen noch mehr sind. Um für alle Fälle gut gerüstet zu sein, wollte man in Zürich die Faktoren an den Schmalzmaschinen ausbilden lassen; es war beabsichtigt, an acht Sonntagen diesen eventuellen Ausreißern je zwei Stunden Instruktion erteilen zu lassen. Es wurde ihnen aber eine deutliche Antwort erteilt. Man hat auch bereits verlaufen gebürt, welche Forderungen während eines eventuellen Streiks erscheinen sollen und wo sie gedruckt werden. Aus allem diesem ist deutlich ersichtlich, daß der Buchdruckerverein unter allen Umständen den Kampf sucht und ihn sogar direkt herausfordert will. Nun, der Typographenbund hat seine Stellung bezogen, er sucht den Kampf nicht, aber wenn er ihn führen muß, dann im Bewußtsein seines Rechtes mit Energie.

Die außerordentliche Delegiertenversammlung des schweizerischen Typographenbundes vom 1. Oktober in Bern hat in erster Beratung die notwendigen Beschlüsse gefaßt, die die Situation erfordert. Als Willensäußerung des Verbandes und als Ausdruck der Entschlossenheit gegenüber dem Verhalten des Buchdruckervereins wurde zum Schluß noch nachfolgende Resolution ebenfalls einstimmig gefaßt: „Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Typographenbundes vom 30. September und 1. Oktober 1922 in Bern konstatiert: daß

der Schweizerische Typographenbund alles unternommen hat, um im Rahmen der bis zum 31. Dezember 1922 noch zu Recht bestehenden Berufsordnung zu einer Lösung des zwischen den Parteien bestehenden Konflikts zu gelangen; daß der Schweizerische Buchdruckerverein die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifs vorläufig vorläßt und sabotiert. Die Delegiertenversammlung lehnt deshalb jede Verantwortung für allfällige Schädigungen, die das Buchdruckergerbe durch das Verhalten des Buchdruckervereins erleiden sollte, ab. Der B. T. B. wird dem ihm gewaltam aufgezungenen Kampf im vollen Bewußtsein seines Rechtes aufnehmen und mit aller Energie durchzuführen.“

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

S. Wschaffenburg. Am 24. September fand in Obernburg unsere Bezirksversammlung statt. Eine stattliche Zahl Kollegen aus Wschaffenburg, Amorbach, Miltensberg, Klingenberg und Obernburg war erschienen. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete ein zeitgemäßes Referat des Kollegen Baier, Betriebssekretär aus Nürnberg, über: „Neue Aufgaben der Gewerkschaften“. Ausgehend von den eigentlichen Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Not und deren Folgen für unser Gewerbe, insbesondere für unsere Beihilfenliste, zeigte der Redner in klarer, verständlicher Weise; ebenso die Richtlinien und Wege, die beizutreten werden müssen, besonders auf das Betriebsratsgesetz hinweisend, das nicht nur Pflichten, sondern auch die Rechte der Arbeitnehmer wahrnimmt und manchen Kollegen vor Färsen schützt. Die Ausführungen des Referenten fanden ungeteilten Beifall und machte Frage der Zeitigkeit wurde geklärt. Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden ohne größere Debatte aufgegeben und der Bezirksbeitrag von 50 Pf. auf 1 M. erhöht. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirke sind zufriedenstellend. Als nächster Ort wurde Amorbach bestimmt.

Berlin. (Schriftgießer.) Unsere Versammlung am 20. September war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung gut besucht. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Vorkonferenzen. Er hob hervor, wie notwendig es war, sämtliche Gliedstädte vertreten zu haben, um viele fällige Aufstellungen und Meinungsverschiedenheiten zu klären. Das Ergebnis dieser Konferenz war für alle Teile sehr lehrreich und hatte den erwünschten Erfolg: das Mißtrauensvotum gegen die Zentralkommission wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Ferner wurde über den Zustand der Firma Scheffer & Wieseke (Leipzig) berichtet. Es fand noch eine Aussprache statt betreffs Industrieverband. Der Beitrag zur Zentralkommission wurde pro Mitglied und Woche auf 1 M. erhöht, ebenso der Vereinsbeitrag auf 3 M. Aber das Ergebnis unserer neuen Lohnerböhung war die Verarmung nicht voll befriedigt, das Ergebnis wurde nur gegen eine starke Minorität angenommen. Der Vorsitzende erstattete dann noch eingehend Bericht über die Tarifamtsprüfung. Sämtliche eingegangenen Anträge wurden erledigt.

-d1. Donaaußriß. Am 25. September fand eine sehr anregend verlaufene außerordentliche Versammlung statt, die einen guten Verlauf aufzuweisen hatte. Als Gäste waren erschienen der Vorsitzende Schürer (Nördlingen) und Bezirksvorsitzender Birnmann (Dillingen). Nach Erlebung von Vereinsangelegenheiten referierte unser Gauvorsitzender Semmerich (München) über Tarifausgleichsfragen und Gauvorsitzerkonferenz, daran anschließend über die Tarifveränderung. Die interessanten Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und es kam in der darauffolgenden Diskussion zum Ausdruck, daß den Beihilfenvertretern für ihre Tätigkeit Dank gezollt werden müsse. Nicht minder wurde betont, daß durch unsere heutige Lohnpolitik wir zu keinem anständigen Leben kommen können, denn dessen Ende ist die Lohnerböhung, wenn wir sie erhalten, schon weit überholt durch die wahnsinnige Preissteigerung aller Bedarfsartikel. Es kam die Meinung zum Ausdruck, der A. D. G. möge ständig der Regierung nahelegen, der wohnsinnigen Preisgestaltung, dem Wucher und Schieberum Einhalt zu gebieten und dafür zu sorgen, daß eine weitere Verelendung der Arbeiter und ihrer Familien hintangehalten wird. Die hohen Papierpreise bringen den Untergang des Buchdruckergerbes, deren Angehörige dann durch enorme Arbeitslosigkeit zu leiden haben. In seinem Schlusssatz gab der Referent entsprechende Aufklärung. Nach Festlegung des Ortsbeitrags ab 1. Oktober erstattete Bezirksvorsitzender Birnmann (Dillingen) über die Verhältnisse im Bezirke eingehenden Bericht, darauf hinweisend, daß ein guter Verlauf der Bezirksversammlungen notwendig sei.

M. Donaaußriß-Dillingen. Die am 24. September in Dillingen abgehaltene Bezirksversammlung war leider nur von 23 Kollegen besucht. Vorsitzender Stangenbach berichtete über die tarifliche Lage, die im großen ganzen als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Die Orte Ebannhausen, Zusmarshausen und Schenaußen wurden wegen der schlechten Bahnverbindungen vom Bezirke gelöst und dem Augsburger Bezirke angegliedert. Aus gleichem Grunde soll Krumbach zu Memmingen kommen. Die Mitgliederzahl im Bezirke ist zur Zeit 108 Verbandsmittelglieder, denen 6 Nachverbänder bzw. Gutsenbergbündler gegenüberstehen. Die Neuwahl stellte Kollegen Birnmann (Dillingen) an die Spitze des Bezirkes, da der jetzige Vorsitzende Stangenbach eine Wiederwahl ablehnte. Die anderen Posten blieben mit Ausnahme eines Beihilfers in den alten Händen. Der Beitrag wurde auf 1 M. pro Woche erhöht. Als nächster Saugort wurde Günzburg gewählt. Dem Kollegen Stangenbach sei auch

an dieser Stelle für seine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit als Vorsitzender Dank ausgesprochen.

Frankfurt a. d. O. (Korrespondent.) Am 24. September weihte der Vorsitzende des Berliner Korrespondentenvereins, Kollege Adolf Reich, in unserer Mitte, um uns einen Vortrag über: „Die Situation im Gewerbe und die Spartenbewegung“, zu halten. Vortragender schilderte in etwa einstündigem Vortrage die augenblickliche Lage und ermahnte die anwesenden Kollegen, sich reiflich der Korrespondentenpartei anzuschließen. Zwei Kollegen traten sofort der Sparte bei. Dem Kollegen Reich an dieser Stelle nochmals besten Dank.

## Den Allen zur Ehr Subiläumstafel Den Jungen zur Lehr

Geser Karl Schönfeldt, geb. in Hamburg, 14. Oktober: 50jähriges Verbandsjubiläum. Festtage Kondition: Auer & Co., Hamburg.

## □ □ □ Rundschau □ □ □

Zusammenlegung sozialistischer Blätter. Durch die Vereinigung beider sozialistischer Parteien werden schätzungsweise 33 sozialdemokratische Blätter einbezogen. Vereinstil sind die Verschmelzungen schon erfolgt. Ein großer Teil wird Mitte dieses Monats und der Rest später erfolgen. Es wird sich in der Hauptsache darum handeln, daß die alte Gründung bestehen bleibt und das neue Unternehmen darin aufgeht. Leider wird dadurch die Arbeitslosigkeit bei uns eine wesentliche Erhöhung finden.

Papierpreissteigerung im Oktober. Im Oktober hat sich wiederum das Zeitungspapier verteuert. Wurde durch Eingriff des Reichswirtschaftsministers im September der Zuschlag auf den Friedenspapierpreis von 8400 auf 6800 M., also um 1600 M. pro 100 kg gelockert, so wird im Oktober vorbehaltlich etwaiger Kohlenverteuerung für 100 kg Rollenpapier ein Zuschlag von 8279,50 M. auf den Friedenspreis erhoben. Das wäre eine Steigerung um das 395fache des Friedenspreises, wobei Geldentwertung und Preistreiberer zusammenwirken und der Presse der Atem immer kürzer wird.

Weitere regierungsfleige Interferenz der Presse. Auch die württembergische Staatsregierung hat dem Verneiner der Zeitungserleger für seine Mißgriffe in Württemberg einen namhaften Kredit zur Verfügung gestellt zwecks Bewältigung der Schwierigkeiten, die durch die Verschärfung der Zahlungsbedingungen der Papierfabrikanten entstanden sind. Solche Kreditgewährung verdient im Interesse möglichstster Erhaltung der Presse in allen deutschen Ländern Nachsicht. Selbstverständlich müßten dabei auch die Arbeiterblätter berücksichtigt werden; das zu betonen wir für sehr notwendig halten, da doch wohl die Verlage der Arbeiterblätter im Zeitungserlegervereine nicht organisiert sein werden.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit der Redakteure. Die wachsenden Schwierigkeiten im Zeitungswesen, die bedauerlicherweise einen großen Teil der Kollegen auf das Pflaster werfen, haben auch in allen Landesteilen zur Entlassung von Redakteuren geführt. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse (Verleger und Redakteure) will diese Opfer der Zeit wieder neuer, fruchttragender Tätigkeit zulassen. Sie wendet sich zu diesem Zweck an die weitesten Kreise der deutschen Wirtschaft von Handel, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft und erucht um Mitarbeit an der Wiedereinstellung der Entlassenen.

Die Bücherproduktion der Welt seit Gutenberg. Aber die Zahl der Bücher, die seit der Erfindung des Buchdrucks um die Mitte des 15. Jahrhunderts erschienen, sind bereits vielfache Schätzungen gemacht worden. Ein englischer Bibliothekar führt an, daß man die Zahl der bisher gedruckten Werke auf 10—20 Millionen veranschlagt. Die Zahl der sogenannten Inkunabeln, der Frühdrucke, die noch ins 15. Jahrhundert fallen, wird auf 40000 Bände geschätzt. Die Neuerwerbungen des 16. Jahrhunderts nimmt man mit 570000 Bänden an, im 17. Jahrhundert waren es schon 1250000, im 18. Jahrhundert 2 Millionen und im 19. Jahrhundert 8250000. Damit würde die Gesamtsumme der gedruckten Werke bis zum Anfang unseres Jahrhunderts auf 12110000 verschiedene Bücher beziffert werden. Nicht gerechnet sind dabei die periodischen Veröffentlichungen, die man nicht als Bücher bezeichnen kann und deren Zahl auf etwa 15 Millionen geschätzt wird. Die Menge von Neuerwerbungen, die alljährlich in unserm Jahrhundert herausgegeben worden sind, ist auch nicht ganz genau zu bestimmen. Man schätzt aber die Bücherernte eines Jahres auf mindestens 283000 Bände. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der Neuerwerbungen in den letzten 22 Jahren nur mit 200000 Bänden das Jahr an, so ergäbe das eine Summe von 4400000 Bänden seit 1900. Nach diesen Berechnungen beträgt also die Gesamtzahl der gedruckten Werke in der Welt über 18<sup>1/2</sup> Millionen. Fragt man nun weiter nach dem Werte dieser ungeheuren Zahl, so kommt man mit dem Bibliothekar zu sehr pessimistischen Befürchtungen. Der Bücherernte behauptet, daß von diesen 16<sup>1/2</sup> Millionen Neuerwerbungen höchstens 50000 der dauernden Erhaltung wert gemeldet seien; vielleicht seien es auch nur 20000 Bücher, die sich noch lebendig erhalten haben, und jedenfalls würde es einem schwer werden, auch nur 5000 Bücherliste anzuführen von Werken, deren Verlust die Menschheit arm machen würde.

Deutsche Bücherchau „Der Mensch und das Buch“ im Buchgewerbehaus zu Leipzig. Die Bücherchau ist bis zum 15. Oktober verlängert worden. Am noch letzten Berufsständigen Gelegenheit zur Besichtigung zu geben, wird die Ausstellung an den Wochentagen von 6 bis 7 Uhr abends offen gehalten.

Von der Buchbinderinternationalen. In Leipzig fand Mitte September die fünfte Internationale Konferenz der Buchbinderverbände statt. Vertreten waren 13 Verbände durch 21 Delegierte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Vorschlag der italienischen Delegation ein lebhafter Protest gegen die kapitalistische Reaktion erhoben, die sich in verschiedener Form in allen Ländern gegen die Arbeiterklasse wendet in der trügerischen Hoffnung, das fortschreitende Werk der moralischen und ökonomischen Erhebung des Proletariats aufzuhalten. Dann erhaltete der Internationale Sekretär seinen Tätigkeitsbericht. Die Konferenz war die zweite nach dem Krieg, und sie galt hauptsächlich dem weiteren Ausbau der Buchbinderinternationalen. Aus den Berichten der einzelnen Länder war zu erkennen, daß die derzeitigen schwierigen Verhältnisse fast alle Länder hart treffen. Überall sind die Organisationen stark in Anspruch genommen. Der Internationale Sekretär klagte u. a. über mangelnde Unterstützung, insbesondere aus Frankreich, das infolge der kommunistischen Zersplitterungsarbeit gewerkschaftlich völlig zerfallen sei und darum auch keine Zeit zur Pflege internationaler Beziehungen habe. Gegenüber den schlechten Stellenverhältnissen des Internationalen Sekretariats, die dessen umfassende Wirksamkeit beeinträchtigen, betonte die englische Delegation, daß die einzelnen Länder zur Zeit keine finanzielle Verpflichtungen nur mit Vorbehalt aufnehmen könnten, da jede Organisation durch Lohnkämpfe und andere Ausgaben zu stark in Anspruch genommen sei. Die Frauenfrage entfiel eine ausgedehnte Diskussion. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß qualifizierte Berufsarbeiter nicht von Arbeiterinnen hergestellt werden dürfen, daß aber in allen Fällen, wo dieser Grundtat nicht durchführbar sei, die Arbeiterinnen den gleichen Lohn erhalten müßten wie die qualifizierten Arbeiter. In einer Resolution wurde ausgesprochen, daß die Interessen der graphischen Arbeiterklasse nach jeder Richtung hin gleichlaufende sind, und daß darum die vollste Solidarität aller der graphischen Industrie angehörenden Berufsgruppen notwendig ist. Die Konferenz beauftragte auf Grund dieser Erkenntnis die Internationale Kommission, sofort Verhandlungen mit den Internationalen Berufssekretariaten der Buchdrucker und der Steindruckergewerkschaften über die Verwirklichung dieser drei Internationalen Sekretariate herbeizuführen. In einer weiteren Resolution wurde die Änderung des Friedensvertrags von Versailles gefordert. Als Sitz der Buchbinderinternationalen wurde schließlich wiederum die Schweiz bestimmt.

Die Tageszeitung der britischen Gewerkschaften. Die überhandgenommene Spottzerker in „England hat wohl am meisten, dazu beigetragen, daß, wie es den Zeitungen große Teilnahme mitteilt gegenüber dem Gewerkschaftsleben herrscht. So wird es sehr bedauerlich, daß die Presse der britischen Arbeiterbewegung nur sehr geringe Verbreitung hat. Große Gewerkschaften besitzen sich mit monatlich erscheinenden Heften, die von den Mitgliedern aber nur sehr wenig gekauft werden, obgleich der Preis weit unter den Herstellungskosten ist. Auch die Verlage verschiedener Verbände, ihre Zeitschriften durch Aufnahme von Bildungs- und Unterhaltungsstoff für die Leser anzubringen zu machen, scheiterte durchweg an der Teilnahmelosigkeit der Mitglieder, die sich lieber bürgerliche Pflanzergewinne kaufen. Die wiederholten Versuche der Arbeiterparteien, im ganzen Reich auch nur ein einziges täglich erscheinendes Blatt zu halten, das die Arbeiterklasse vertritt, waren ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt. Am längsten hielt sich noch der „Daily Herald“. Dieses Blatt machte jedoch verschiedene Wandlungen durch; es stand sogar eine Zeitlang im bolschewistischen Lager. Nunmehr hat der letzte Gewerkschaftskongress mit 400000 gegen 900000 Stimmen beschlossen, das Blatt durch regelmäßige Beiträge zu unterstützen. Daraufhin ist der Preis der einzelnen Nummer auf 1 Penny herabgesetzt worden. Zum Keller wurde, wie bereits im Auslandsheft kurz

gemeldet, Hamilton Eske, einer der tüchtigsten englischen Journalisten, bestellt, der an verschiedenen bürgerlichen Blättern tätig war, aber durch die Erfahrungen des Krieges zu einem überzeugten Pazifisten geworden war.

Strafbarkeit des Arbeitgebers bei Überschreitung des Achtstundentags. Immer wieder verliert die Unternehmerpresse darzutun, daß der Arbeitgeber in dem Falle straflos bleiben müsse, wenn der Arbeiter freiwillig Überstunden über die achtstündige Arbeitszeit hinaus leistet. Man beruft sich dabei in irreführender Weise auf ein angebliches Urteil des Reichsgerichts vom 6. Juli 1920. Der Reichsarbeitsminister ist in einem Rundschreiben diesem Unfuge bereits entgegengetreten mit dem Nachweise, daß jenes Reichsgerichtsurteil die Frage der Strafbarkeit der Arbeitgeber überhaupt nicht entschied, sondern lediglich zum Ausdruck brachte, daß sich bei Überschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern nur der Arbeitgeber strafbar macht. „Wirdlich stige der Reichsarbeitsminister der Darstellung hinzu: „Nach der bisherigen Rechtsprechung macht er (der Arbeitgeber) sich selbst dann strafbar, wenn die von ihm beschäftigten Arbeitnehmer freiwillig über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus arbeiten.“ Neuerdings spielt in der Unternehmerpresse ein Urteil des Oberlandesgerichts Köln eine gewisse Rolle, weil dieses Urteil den Arbeitgeber bei einem nicht ausdrücklich genehmigten Überschreiten der Höchst-arbeitszeit straflos läßt, wenn die betreffenden Arbeiter Überstunden „freiwillig oder ganz nach ihrem Belieben“ leisten. Das Oberlandesgericht vermochte hierin eine Verletzung der Verordnung vom 23. November 1918 über den Achtstundentag nicht zu erblicken. Die Unternehmerpresse hat natürlich dieser oberlandesgerichtlichen Entscheidung weiteste Verbreitung gegeben. Es mehren sich jetzt die Beschwerden, daß die Unternehmer die Arbeiter veranlassen, „freiwillig“ Überarbeit zu leisten. Dagegen gerichtete Beschwerden der Gewerkschaften werden dann von den Betriebsleitern abgewiesen unter Hinweis auf das Köhner Urteil. Es wird versucht werden, Fälle derartiger ungenehmigter Arbeitszeitüberschreitungen zum weiteren gerichtlichen Austrage zu bringen und eine höchstgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Auf alle Fälle sollte es jeder aufgekärte Arbeiter als seine Ehrenpflicht betrachten, keine „freiwillige“ Überarbeit zu leisten und dadurch zum Totengräber des Achtstundentags zu werden.

Dollarstand über 3000! Nächst dem 25. August mit einem Dollarstande von 2400 M. ist der 9. Oktober 1922 ein Tag der Schmach für alle Bestrebungen zum Wiederaufbau Deutschlands zu nennen. Denn diejenigen, die mit den Arbeitern des Verfallenen Völkerruhens bzw. mit den unentwegten Verleumdern dieses wahnwitzigen Völkerruhens gegen den Gedanken eines Völkerruhens vereint gegen die Interessen und die Erlitten des deutschen Volkes sind, haben ihr verbrecherisches Spiel so weit getrieben, daß der Dollar am 9. Oktober auf etwas über 3000 weiter anstieg. Im August ist auch von uns diesen krautigen Gesellen, die sich gar noch als „Völkerruhler“ ausgeben, geführt ihr eitelstes Ziel vorgehalten worden. „Die fögende Regierung in Berlin hat seit jenen Tagen manche Aufspaltung erlebt, wovon auch der in dieser Nummer zu lesende Bericht über die zweite Ausschließung des DVOB zeugt. Erst jetzt scheint man einzusehen, daß doch etwas gegen die volksverbrecherische Devilspekulation geschehen muß, daß über die Bekämpfung einer gründlichen Reform der Reparationen dieses fressende Abel nicht überleben werden darf. Daraufhin ist der Dollar schon wieder etwas zurückgegangen. In nächster oder übernächster Nummer werden zu diesem lebenswichtigen Thema besondere Ausführungen gemacht werden.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im August 1922. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hat sich auf dem Arbeitsmarkte während des Monats August die bis dahin beobachtete Aufwärtsbewegung des Beschäftigungsabrades ins Gegenteil verwandelt. Die schwindende Kaufkraft und die Kreditnot haben ein Erlahmen zur Folge gehabt, was durch Auslandsaufträge nicht ausgeglichen werden konnte. Am 1. September wurden insgesamt 11960 (im Vormonat 15425) Vollerwerbstätige unterfüßt. Hiervon waren 8191 Männer und 3769 Frauen. 14367 Familienangehörige wurden mifunterfüßt. Bei den öffent-

lichen Arbeitsnachweilen flegten die Stellenangebote von 688667 auf 700435, die Arbeitsgesuche von 731959 auf 765998 und die Vermittlungen von 464552 auf 485065. Bei den Gewerkschaften insgesamt hat die Arbeitslosigkeit eine Steigerung erfahren. Von 6334893 (5982878) durch die Zählung erfassten Mitglieder waren am Stichtage 43217 (34967) arbeitslos, mithin 0,7 (3,6) Prozent. Für die graphische Industrie, soweit die Angaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter, der Lithographen und Steindruckler, der Buchbinder, des Gulenbergbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt werden können, ergaben sich bezüglich der Arbeitslosigkeit (männliche und weibliche Arbeiter zusammen und im Prozentverhältnis getrennt) seit Jahresanfang folgende Ziffern:

	Verband der Deutlichen Buchdrucker	Hilfsarbeiter	Lithographen und Steindruckler	Buchbinder	Gulenbergbund	Christl. Zentralverband	Gesamt	Arbeitslosigkeit
1922								
Januar	918	224	174	728	20	4	16014	
männlich	1,3	1,2	0,9	1,5	0,8	0,1	3,8	
weiblich	—	0,6	3,3	0,9	—	0,0	1,7	
Februar	1235	425	124	769	33	6	16375	
männlich	1,7	1,1	0,6	1,0	1,2	0,2	3,1	
weiblich	—	0,9	2,1	0,8	—	0,1	1,7	
März	1194	490	173	580	35	14	71004	
männlich	1,7	1,6	0,9	0,8	1,3	0,4	1,2	
weiblich	—	0,8	3,2	0,6	—	0,2	0,9	
April	1138	457	105	774	50	9	51417	
männlich	1,9	1,1	0,6	0,9	1,9	0,2	0,9	
weiblich	—	0,9	0,8	0,8	—	0,2	0,8	
Mai	1140	267	95	498	0,0	4	31034	
männlich	1,5	0,6	0,5	0,6	0,0	0,2	0,6	
weiblich	—	0,6	—	0,5	—	0,0	0,8	
Juni	1022	145	118	335	58	4	36353	
männlich	1,4	0,6	0,6	0,6	1,5	0,1	0,5	
weiblich	—	0,9	3,3	0,7	—	0,0	1,0	
Juli	1374	312	105	630	49	4	34937	
männlich	1,6	0,7	0,5	0,8	1,8	0,1	0,5	
weiblich	—	0,7	2,6	0,6	—	0,0	0,8	
August	1198	338	140	708	49	8	43217	
männlich	2,0	0,5	0,7	0,8	2,2	0,1	0,5	
weiblich	—	0,9	4,5	0,8	—	0,1	1,1	

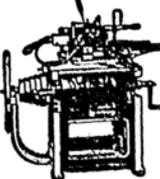
### Briefkasten

H. Gr. in A.: Ist eingegangen, wurde jedoch in Erwartung umgebender Rückänderung an den Verfaller des kritisierten Artikels gelangt. Da letzterer jedenfalls außerbalb tätig, ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen. Die Sache wird wohl in den nächsten Tagen zur Entscheidung kommen. Fr. Gr. in P.: Der zweite Artikel findet demnach keine Aufnahme, während der erste, wie vermutet, dem Raum mangel zum Drucken mußte. — A. in B.: Es ist sehr schwer, den Wünschen der Mitglieder zu entsprechen, aber unsere mitarbeitenden Freunde müßten sich damit abfinden, daß der sehr beengte Raum des „Storr.“ größere Einfendungen weniger gestattet und auch zu mehr Ablehnungen zwingt. — A. in B. in B.: Ihr Artikel ist allerdings verbesserungsfähig, es bedürfte also nicht erst der freundlichen Aufzorderung, in diesem Sinne Hand anzulegen. Ihre Mitgliedschaft konnten wir durch einen Unfall anderweitig verlieren. Die Aufnahmebereitschaft wäre sehr liebhaft zu verneigen gewesen, weil ein Mitgliedschaftswechsel von allein nicht persönlich bekanntem Mitgliedern doch seit Jahrzehnten verlangt wird. — A. in A. und S. in M.: Vom ersten Artikel her müssen Sie wissen, daß diese Abhandlung nicht von der Redaktion stammt. Wir werden uns aber mit dem Verfaller in Verbindung setzen. Im allgemeinen wissen wir von solchen Fällen, daß Gelpenleferer am meisten mißfällt und die bewußte andre Seite gar nicht die behaupteten Vorurteile enthält. — G. in A. in S.: Es freut uns dieses Urteil, weil gerade gegen den beagte Aufstellung Kritik zu verneigen gemacht hat, die aber den Hauptpunkt ganz außer acht läßt. — D. in B.: Es liegt schon noch eine Einwendung in Sachen Reichsdrucker vor. Mit der Abgabe wird aber nun Schluss gemacht, weil dieser haben nicht zu anderen anderen notwendiger Bemerkungen weiter gespannt werden darf. — G. in M. in M.: „Graphische Stimmen“ (Organ des Graphischen Zentralverbandes) erscheinen in Köln a. Rh. — A. in B. in S.: Sämtliche Annahme gar nicht denkbar. Manuskript nächstes Mal nur auf einer Seite beschreiben! Bitte auch ändern. — A. in B. in Stuttgart: Erhalten Ihre Adresse.

### Veranstaltungskalender

Baun. Verammlung heute Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in Speid a. „Eintrachtshaus“, Wendisch Gröben, Berlin. Maschinenmeisterverammlung Sonnabend, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofsraße 2. Rübch. Generalversammlung Sonnabend, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 11 und 12.

**Neue Kompletteßmaschinen System Souther**



Typo I: für Schrift u. Ausschluß von 6 bis 14 Punkten.  
Typo II: für Schrift u. Ausschluß von 16 bis 48 Punkten.  
Ausreißig Lieferbar!  
Erfahrene für Einzeltypen - Setzmaschinen!  
Maschinenfabrik Obersbach, Leipzig 3.  
Tel.: 11986.

**Alkizidenz- und Anzeigenseher**

auch sämtliche andre Saharten und Umbruch vollkommen beherrschend, nachweislich nur Gutes liefernd, mit seinem Empfinden, gutem Geschmack, Fleiß, 27 Jahre alt, sucht, augenblicklich umgehend in kleiner Alkizidenzdruckerei, Auserstellung in gleichweicher Großstadt.  
Angebote erbelten unter Nr. 151 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Sa. TomonstraÙe 8.

**Betriebsleiter**

Schaffensfreudig, erfahrener und anerkannt tüchtiger Alkizidenz u. Zeitungsdrukschaffmann, sicherer Kalkulator und Korrektor, auch redaktionell tätig (Keller-Verwaltung), sucht, gefälligst auf prima Zeugnisse, Rd. Stellung in DVOB, Druckerei für sofort oder später. Offerten unter Nr. 155 an die Geschäftsst. d. Bl., Leipzig, SalomonstraÙe 8, erb.

**Schrißfigeher**

tüchtig an Souther-Maschine, für Hausgeherel in selbständige Stellung gesucht.  
Gest. Angebote an  
H. Vogel H.-G., Düsseldorf 112.

Leipzig, Mitteldeutschland, Berlin.  
Sehermill. Allers, led., gewissenf. Arb., m. all. Arb. best. vorr., a. d. Malch. n. unerr., g. Zeugn., such. d. Stell. Angeb. an Paul Lange, Peitz (N.-L.), Markt 7.

**Egal wohin!**  
Intelligentster, vorwärtsstrebender Schweizerdegen  
28 Jahre alt, verheiratet, ohne Familie, sucht dauernde Stellung als ebenfölicher oder als

**Drucker**  
An Schnell- und Legelendrukspr. a. bew. Rudolf Ringenbers, Berlin O 112, MüggelstraÙe 14, Hof I links.

Egal wohin! Auch Auslands!  
**Zwei junge Schrißfigeher**  
19 und 24 Jahre alt, suchen bald. Stell. Eventuell Ausbildung an der Schrißfig. (Englisch gleich). Gest. Angebote mit Angabe des Eintrittstermins an St. Sonnlag, Leipzig-Reuß, Meißnerstr. 22/111.

**Alkizidenzseher (Zeichner)**

20 Jahre alt, sucht sofort Stellung. Angebote an St. Koshsky, Brandenburg (Bav.), SabnstraÙe 10.

**Borwärtsstr. j. Linotypeseher**  
Sucht Stellung an der Maschine oder im Kontor. Einige englische Sprachkenntnisse zur Verfügung. Auch Ausland. Angebote unter Nr. 154 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, SalomonstraÙe 8, erbelten.

Wo und unter welchen Bedingungen kann sich junger Schrißfigeher und Linotypeseher auf

**Redaktion**  
ausblenden?  
Gest. Offerten unter Nr. 156 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, SalomonstraÙe 8, erbelten.

**Buchdruckmaschinenmeister**  
Sucht Stellung, Gleich, welche Gegend. Offerten erbelten an  
St. Hamann, Rübch, BismarckstraÙe 7.

**Seherstereotypneur**

Sucht, lediger  
für Glas und Rund, speziell in Aufträgen, gleich tüchtig auch im Geh., wünschig hier in Leipzig zu verändern.  
Gest. Offerten unter Nr. 152 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, SalomonstraÙe 8, erbelten.

**Teilzahlung**  
Kataloge umsonst und portofrei.  
Katalog a / Photo-Apparate aller Art / Sämtliche Photo-Artikel / Lederwaren aller Art / Koffer, Rucksäcke, Schirme, Katalog b / Reizelekt. Reizezeuge  
Jonass & Ko., Berlin P 407  
Cello-Allianco-Str. 7-10

**Verbandsnadel** (W. D. D.) in echt  
sücht St. Siegt, München 8.